

Der Stadtpräsident räumt Fehler ein

Die Zuger Kulturkommission vergibt nun doch kein Atelierstipendium. Das und mehr hat die Stadt bekanntgegeben.

Laura Sibold

Da sei einiges falsch gelaufen, gestand ein entspannt wirkender Stadtpräsident Karl Kobelt gestern im Gespräch mit den Lokalmedien. Die Rede ist vom Entscheid der Kulturkommission. Diese gab vor rund einem Monat bekannt, dass ihr Mitglied Anu-Maaria Calamnius-Puhakka ein dreimonatiges Atelierstipendium für Genua erhalten hat. Diese Vergabe an eine Person aus den eigenen Reihen schlug hohe Wellen und führte zu drei Vorstössen im Grossen Gemeinderat (Ausgabe vom 7. November).

Gestern nun nahm Karl Kobelt als Präsident der Kulturkommission Stellung. Zugleich wurden die Antworten des Stadtrates auf zwei Interpellationen und eine Kleine Anfrage der

Fraktionen SVP und GLP online publiziert. Daraus geht hervor, dass das Atelierstipendium doch nicht vergeben wird. Die Begünstigte Anu-Maaria Calamnius-Puhakka habe ihre Kandidatur zurückgezogen, weshalb die Vergabe obsolet geworden sei, schreibt der Stadtrat. Darüber hinaus habe er den Entscheid formell nie bestätigt, betonte Kobelt. «Die Interpellanten haben Recht, dass die Kulturkommission lediglich eine beratende Funktion und als solche keine Entscheidungsgewalt hat.» Nur der Departementsvorsteher könne aufgrund der Empfehlung der Kommission einen gültigen Entscheid fällen.

Im vorliegenden Fall räumt Stadtpräsident Karl Kobelt «unmissverständlich» Fehler ein. Die Protokollierung sei teilweise unpräzise und unvollständig er-

«Deswegen werden wir jetzt aber nicht alles in Frage stellen.»



Karl Kobelt
Stadtpräsident

folgt und der Einhaltung des Eingabeschlusses sei nicht genügend Gewicht verliehen worden. «Die Vergabe eines Atelieraufenthalts an ein Kommissionsmitglied ist zwar rechtens, ist jedoch aus der Sicht der Corporate Governance als fragwürdig zu taxieren», heisst es in der Antwort des Stadtrates. Im Gespräch drückt es Kobelt klarer aus: «Ich würde heute anders handeln, mir war die Tragweite dieses Entscheides nicht bewusst.»

Die politisch angeprangerte Ausstandspflicht sei nie verletzt worden, sie sei einmal aber nicht aus dem Sitzungsprotokoll ersichtlich, so Kobelt. Dass ein so grundlegender Aspekt nicht Eingang ins Protokoll gefunden hat, führt der Stadtpräsident auf «fehlende Sorgfalt» zurück. Da müsse man in Zukunft genauer hinschauen, genau

so wie bei den rechtlichen Grundlagen. Gemäss Kobelt muss nun der Rechtsdienst prüfen, ob die Beratungsfunktion der Kommission in der entsprechenden Verordnung klar genug geregelt ist.

«So wird das Engagement für Kultur bestraft»

Der Stadtrat und insbesondere Stadtpräsident Karl Kobelt geloben zwar Besserung, doch: «Einen generellen Ausschluss von Beiträgen an kulturelle Projekte, an denen Mitglieder der Kulturkommission beteiligt sind, erachtet der Stadtrat als nicht zielführend.» Wenn eigene Mitglieder von der Kulturförderung nicht mehr profitieren dürften, würde dies die Kommission bei der Auswahl geeigneter Mitglieder stark einschränken. «So wird das Enga-

gement für das Kulturleben bestraft», sagt Kobelt und erklärt anhand eines Beispiels: «Wenn die Präsidentin der Chollerhalle in der Kommission sitzt, kann es doch nicht sein, dass die Chollerhalle daher generell von Unterstützungsbeiträgen ausgeschlossen wird.»

Ist das Atelierstipendium als Förderinstrument noch zeitgemäss? Und braucht es nach dem aktuellen Vorfall grundlegende Änderungen in der Vergabe von Förderbeiträgen? «Mag sein», lenkt der Departementsvorsteher ein, «aber deswegen werden wir jetzt nicht alles in Frage stellen». Wie es mit der Vergabe von Atelierstipendien im kommenden Jahr weitergeht und ob man grundlegende Veränderungen vornehmen soll, wolle er mit der Kulturkommission im Detail besprechen.

Die Abgänge in den Direktionen des Kantons Zug

Vor einem Jahr wurden im neuen Regierungsrat die Direktionen verteilt. Mit Auswirkung auf die Personalfluktuationsrate.

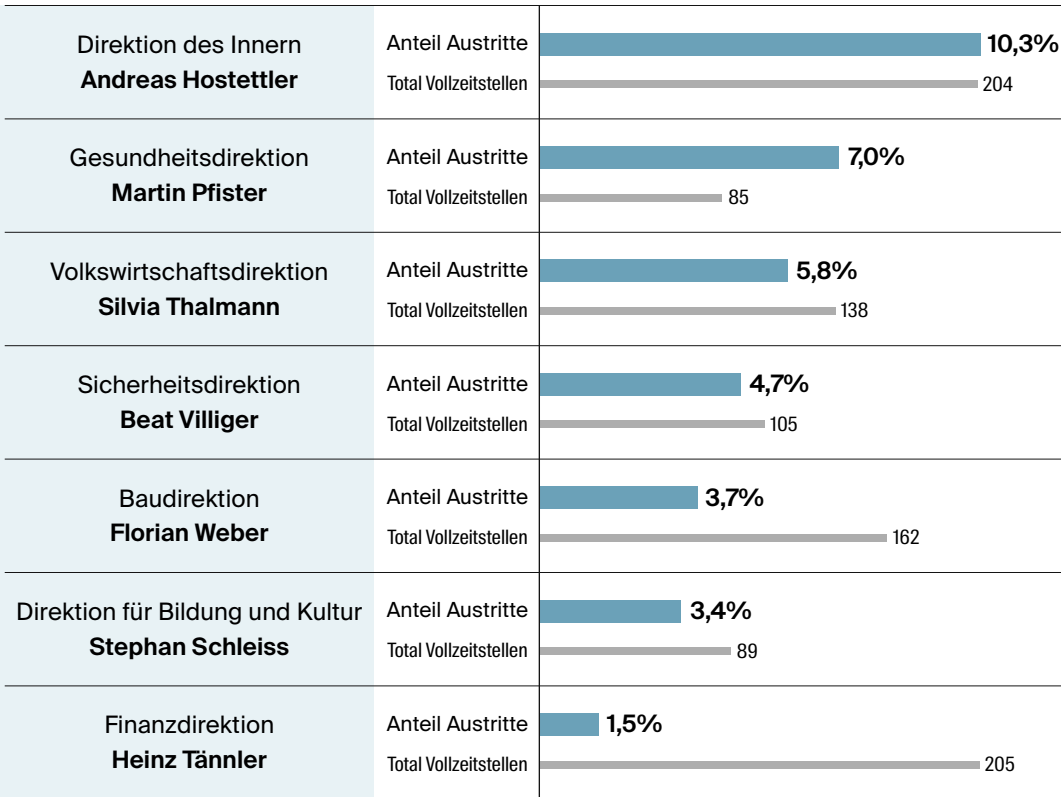
In der Direktion des Innern hat es mit dem Führungswechsel von Manuela Weichelt-Picard (ALG) zum aktuellen Regierungsrat Andreas Hostettler (FDP) – einig Personalwechsel gegeben. Die Generalsekretärin hat den Hut genommen und weitere drei Personen des ursprünglich 18-köpfigen Direktionssekretariats haben sich für einen Weggang entschieden, inklusive der Leiterin des Rechtsdienstes.

Wie die Zahlen aller Direktionen von Oktober 2018 bis und mit September 2019 zeigen, verzeichnete die Direktion von Regierungsrat Andreas Hostettler auch die meisten Abgänge im Verhältnis zur Gesamtzahl der Mitarbeiter. Von den fast 204 Vollzeitstellen gab es 21 Austritte plus die Generalsekretärin, die bis Ende Jahr aber noch offiziell angestellt ist, wie Hostettler erklärt. Die 21 Austritte entsprechen rund 10,3 Prozent. Nicht mitgezählt sind dabei Abgänge durch Pensionierungen oder Todesfälle.

Gemäss Hostettler haben sich die Abgänge in zwei Abteilungen gehäuft: Beim Sozialdienst Asyl und wie erwähnt im Direktionssekretariat. «Hier hat es sicher mit meiner Person und meinem Führungsstil zu tun sowie damit, dass ich die Strukturen und Prozesse straffe.» Einige Stellenprofile wie jene der Leitung zentrale

Personalabgänge der Zuger Direktionen

Anzahl Abgänge von Personen in Relation zur Anzahl Vollzeitstellen in Prozent.



Ohne Abgänge durch Pensionierungen und Todesfälle.
Ohne Lehrer und Mitarbeiter der Zuger Polizei.

Quelle: Kanton Zug / Grafik: Oliver Marx

Dienste hätten dadurch an Vielfalt eingebüsst. Gemäss Hostettler ist es zudem sein Ziel, «umzuschichten», wie er nennt. «Ich will vermehrt Leu-

te in den Fachämtern.» Entsprechend benötige es weniger Personal im Direktionssekretariat. Dass sich auch im Sozialdienst Asyl die Abgänge ge-

häuft haben, liege in der Natur der Sache. «Der Arbeitsalltag – mit traumatisierten Personen und anderen Kulturen – ist intensiv.» Ein «Verschleissjob»,

wie Hostettler es nennt. Der Markt im Sozialbereich sei zudem ausgetrocknet. «Viele neue Mitarbeiter sind jung und kommen direkt nach dem Studium zu uns. Kündigen sie, finden sie schnell wieder eine neue Stelle.»

Zusätzlich musste der Direktor des Innern aufgrund des Sparprogramms «Finanzen 19» rund drei Vollzeitstellen abbauen.

Fluktuationsrate bringe neuen Wind in Verwaltung

Hostettler sieht jedoch auch positive Aspekte der Fluktuationsrate: «Eine Auffrischung tut immer gut. Neue Leute bringen neue Ideen.»

Im Vergleich mit den anderen Direktionen schwingt Hostettler bezüglich Fluktuationsrate deutlich oben aus. In seiner Direktion hat sich der Führungswechsel in den Abgängen widerspiegelt. Nicht zu sehen ist dies hingegen in den Direktionen seiner beiden ebenfalls im Oktober 2018 neu gewählten, Regierungsratskollegen Silvia Thalmann-Gut und Florian Weber. Mit 5,8 Prozent und 3,7 Prozent befinden sie sich im Mittel aller Direktionen. Hostettler meint dazu: «In meiner Direktion ist die Differenz zwischen der Vorgängerin und mir wohl am grössten. Nicht nur politisch, vermutlich auch punkto Führung.»

An zweiter Stelle des Rankings steht der bisherige Gesundheitsdirektor Martin Pfister: 7 Prozent Abgänge. Bei ihm gebe es aber keine Häufung auf einzelne Ämter. «Wir sind die kleinste Direktion. So wirken sich einzelne Abgänge stärker auf den Prozentsatz aus.» Die Direktion von Landammann Stephan Schleiss ist inzwischen ähnlich gross wie die Gesundheitsdirektion. Dort liegt der Anteil an Abgängen mit 3,4 Prozent deutlich tiefer als in der Gesundheitsdirektion.

Am stabilsten sieht die Lage in der Finanzdirektion von Regierungsrat Heinz Tännler aus: 1,5 Prozent macht dort die Fluktuationsrate aus. Bei 205 Vollzeitstellen verliessen 3 Personen die Direktion. Von Stillstand will Tännler jedoch nichts wissen: «Im Gegenteil: Wir fordern uns jeden Tag. Ich habe zufriedene Mitarbeiter und gute Teams in allen Ämtern. Wir werden alles daran setzen, dass das so bleibt.»

Regierungsrat Villiger im Mittelfeld

In der Mitte bewegt sich die Sicherheitsdirektion von Beat Villiger mit 4,7 Prozent. Offenbar wirkten sich die Schlagzeilen um seine Person im Oktober 2018 nicht auf die Personalsituation in seiner Direktion aus.

Zoe Gwerder

ANZEIGE



Wollen wir solche Dorfbilder?

- Wertvolle Gebäude sollen einfach verschwinden
- Günstiger Wohnraum wird zerstört
- Demokratische Mitsprache wird abgeschafft

← Marktgasse in Baar

NEIN ZUM MISSRATENEN DENKMALSCHUTZGESETZ
AM 24. NOVEMBER 2019